

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Petra Bayr, MA MLS,
Genossinnen und Genossen

betreffend **Österreichs internationale COVID-19 Hilfe**

eingebracht im Zuge der Debatte zu TOP 7 Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (55 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2020 (Bundesfinanzgesetz 2020 – BFG 2020) samt Anlagen (183 d.B.) in der 32. Sitzung des Nationalrates zur **Untergliederung 12**

Die Corona-Pandemie hat die ganze Welt erfasst: 2,2 Millionen Menschen wurden weltweit infiziert und 160.000 Menschen sind bereits gestorben. In Asien und Lateinamerika sind die großen Schwellenländer wie Indien und Brasilien besonders betroffen. In Bangladesch, Peru und Usbekistan steigen die Fälle schnell an. Auch in Afrika breitet sich das Virus mittlerweile rasant aus.

Die österreichische Bundesregierung hat laut eigenen Angaben für den internationalen Kampf gegen Covid-19 9,9 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Von den 9,9 Mio. Euro sind allein über 4 Mio. Euro als Verdoppelung der Nachbar-in-Not-Spenden für Syrien ausgewiesen worden, welche bereits am 8. März vom Bundeskanzler Sebastian Kurz im Rahmen der Pressestunde angekündigt wurden. Angesichts der großen Not in der Welt generell und speziell in Zeiten der Corona-Pandemie, leistet Österreich zu wenig humanitäre Hilfe. Deutschland hat mit dem Argument „Corona besiegen wir nur weltweit oder gar nicht“ ein Soforthilfspaket von einer Milliarde Euro durch Umstrukturierung im Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angekündigt.

Die Vereinten Nationen gaben vor der Pandemie an, dass 168 Millionen Menschen im Jahr 2020 auf humanitäre Hilfe angewiesen sein werden. Dafür würden 28,8 Milliarden US-Dollar benötigt werden (vgl. <https://unric.org/de/041219-gho/> aufgerufen am 15.01.2020). Der Bedarf an humanitärer Hilfe wird aufgrund der Corona-Pandemie steigen. Die Vereinten Nationen rechnen allein mit Einkommensverlusten von 220 Milliarden US-Dollar für Entwicklungs- und Schwellenländer.

Im internationalen Vergleich gehört Österreich zu den Schlusslichtern: Pro Kopf gerechnet gab Österreich im Jahr 2018 nur 2,6 Euro für humanitärere Hilfe aus. Der Durchschnitt aller OECD DAC Länder liegt bei über 15 Euro pro Kopf. Mit Österreich vergleichbare Länder wie Dänemark (52,4 Euro pro Kopf), Schweden (42,4 Euro pro Kopf), die Schweiz (34,3 Euro pro Kopf) und auch die Niederlande (14,2 Euro pro Kopf) wenden ein Vielfaches für humanitäre Hilfe auf.

In den meisten Entwicklungs- und Schwellenländern gibt es für die Menschen kein Homeoffice, keine Grundversorgung, kein leistbares Gesundheitssystem. Maßnahmen wie Social Distancing und vermehrtes Händewaschen sind in den meisten Ländern für die Mehrheit der Bevölkerung aufgrund von fehlendem Platz und nötiger Infrastruktur nicht möglich.

Es zeigt sich bereits, dass Ausgangsbeschränkungen zu Einkommensverlusten und Hunger führen. Es ist davon auszugehen, dass chronisch schwache Gesundheitssysteme auf eine hohe Zahl an Erkrankten nicht entsprechend reagieren können. Das Einbrechen der europäischen Nachfrage, etwa im Textilbereich, wird zu Arbeitslosigkeit in den produzierenden Ländern führen. Viele Entwicklungsländer drohen in der Corona-Krise zahlungs- und so handlungsunfähig zu werden. Die Corona-Krise trifft die Ärmsten mit voller Wucht.

Auch österreichische Hilfsorganisationen warnen vor den sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns für afrikanische Staaten, etwa die Caritas Österreich, die eine humanitäre Katastrophe befürchtet, u.a. durch sie steigenden (Lebensmittel-)Preise während einer Pandemie.

Österreich hat sich zur Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen seiner internationalen Entwicklungspolitik und zur humanitären Hilfe verpflichtet. Die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern durch Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung steht hierbei im Vordergrund. Die bereits erzielten Verbesserungen und Entwicklungsfortschritte durch österreichische Investitionen, insbesondere in den Partnerländern der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, dürfen durch die Pandemie nicht gefährdet werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird aufgefordert, Österreichs internationale humanitäre Hilfe als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie ehest möglich zu erhöhen und dafür u.a. einen mit 100 Mio. Euro dotierten Soforthilfefonds einzurichten, sowie die Schwerpunktländer der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit durch das Stärken der lokalen Gesundheitssysteme beim Bewältigen der Krise zu unterstützen“.



